

# VEREINIGTE DEUTSCHE STUDENTENSCHAFTEN

# vds

Tel.: 02221/631626-28  
Postfach 1829

Kaiserstr. 71  
5300 Bonn 1

vds, Kaiserstr. 71, 5300 Bonn 1

An alle ASten!

Ihre Nachricht vom

Ihr Zeichen

Unser Zeichen

Datum

5.5.78

Betr.: Zwangsexmatrikulationen in Baden- Württemberg

In der Anlage IV gehen Euch eine Kopie eines sog. blauen Briefs und einige Presseartikel zu.

Für das kommende Wintersemester muß mit einer weiteren Welle von Zwangsexmatrikulationen gerechnet werden. Nach den bisher bekannten Informationen werden davon ca. 8000 Kommilitonen betroffen sein.

Anlage V enthält einen Offenen Brief von Wissenschaftlern an den Hochschulen des Landes NRW an die Mitglieder des Landtags und der Landesregierung.

Mit diesem Brief kann man gut in Seminaren, Vollversammlungen und sonstigen Veranstaltungen arbeiten.

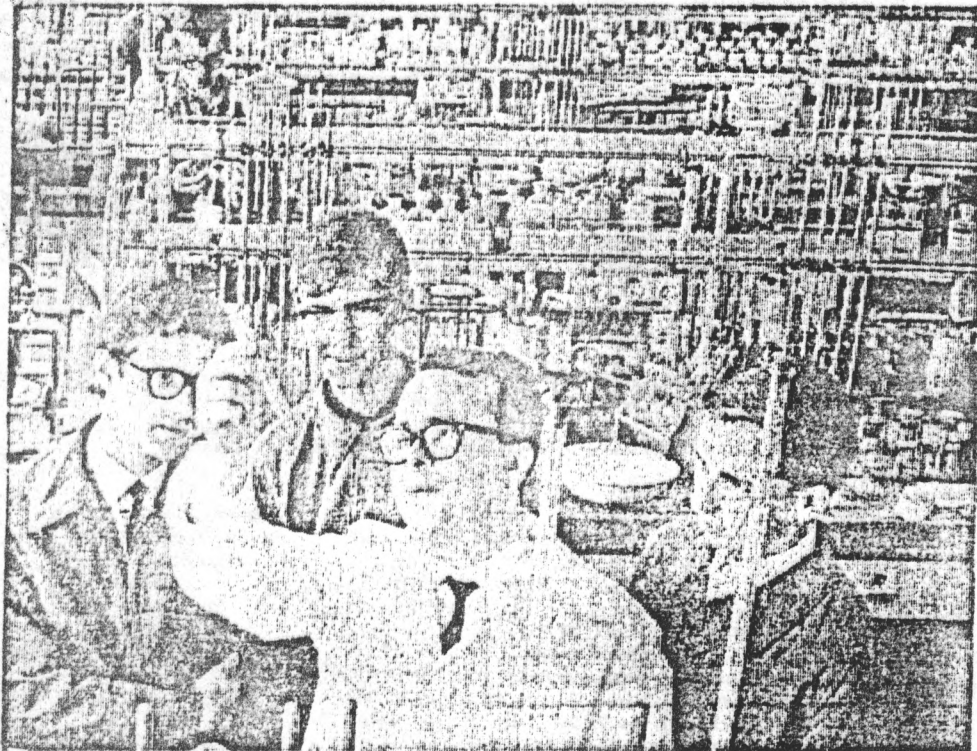
Gebt diesen Brief auch weiter an Dozenten und Assistenten Eurer Hochschule sowie an Gewerkschaften, Abgeordnete des Landtages etc.

Nochmals mit solidarischen Grüßen  
Uli Sager, VDS- Referent (SHB)

## Viel Verwirrung durch die Regelstudienzeit

HRB / LHK

Beilage II



Bu 64  
030578

DURCH DIE REGELSTUDIENZEIT sollen „Langzeit-Studenten“ aus den Universitäten verbannt werden. Zunächst hat Baden-Württemberg die Studiendauer begrenzt.

Foto: GA-Archiv

Stuttgart. (ap) Die Einführung der Regelstudienzeit an den baden-württembergischen Universitäten seit 1. Januar 1978 gibt den Studierenden in der übrigen Bundesrepublik einen Vorschmack darauf, was auch sie nach Vollendung der Studienreform und der Anpassung der Landeshochschulgesetze an das Hochschulrahmengesetz erwartet. Die baden-württembergische Regelung sieht vor, daß Studienanfänger in diesem Bundesland „in der Regel“ nur acht Semester studieren dürfen und ihre Prüfungen nach neun Semestern abschließen müssen.

## „Blaue Briefe“ nach acht Semestern

Von Carl-Walter Bauer

Nach den bisherigen Schätzungen der Universitäten des Landes müssen in diesem Jahr etwa 8000 Studenten mit sogenannten „blauen Briefen“ rechnen, die sie vom Ablauf ihrer Studienzeit informieren. Diese als „Übergangsstudenten“ bezeichnete Gruppe, die seit 1973 an Baden-Württembergischen Hochschulen studieren, könnten statt der jetzt festgelegten acht Semester noch weitere sechs Semester studieren. Nach vollendeter zehensemestriger Studienzeit ohne Abschluß sollen sie nun die Zulassung in den gewählten Studiengängen verlieren. Wenn sie die notwendigen „Scheine“ vorweisen können, haben sie maximal noch drei Semester Zeit, um ihre Prüfung zu machen. Einige werden jedoch ohne abgeschlossenes Studium dastehen.

Mittlerweile hat das Stuttgarter Kultusministerium, allerdings erklärt, es wolle diese Regelung so großzügig wie möglich gehandhabt wissen, um soziale Härten zu vermeiden. Der künftige Hochschulminister, Professor Helmut Engler meinte gar, wenn die Regelstudienzeit weiterhin so „unglücklich“ gehandhabt werde, produziere man „reihen-

weise verkrachte Existenzen“, wie er gegenüber den „Stuttgarter Nachrichten“ formulierte.

Auch Vertreter der Studentenschaften wiesen nachdrücklich darauf hin, daß die Regelstudienzeit einiges Chaos unter den Studenten hervorrufen wird. Den Betroffenen stellt sich nämlich die Frage, ob ihr Pensum in der Regelstudienzeit zu schaffen ist, „wenn der Streß beginnt.“ Dabei wird darauf hingewiesen, daß viele Studenten in den Semesterferien arbeiten, um sich ihr Studium zu verdienen. So werden Überlegungen angestellt, wie Nachzügler doch noch durchgeschleust werden können. Die Rektoren versuchen bereits, wie zu erfahren war, durch eine gewisse Kulanz diese Frage „möglichst nicht zum Konflikt zu machen“.

In Universitätskreisen heißt es sogar an einigen Stellen, daß die Regelstudienzeit abzulehnen sei, da sie nicht die erwartete Kapazitätsentlastung mit sich bringe, dazu komme die Sorge, daß möglicherweise das wissenschaftliche Niveau durch eine Straffung der Ausbildung zu kurz käme.



Anlage IV

HRG/LHG

Stutt. Zf.  
280478

## Zwangsexmatrikulation nur für hundert Studenten

Sf  
28

Auch die Regelstudienzeit läßt für dreizehn Semester Zeit

stz. STUTTGART. Das Kultusministerium hat Zahlen über die von der Regelstudienzeit betroffenen Studenten vorgelegt. In den vergangenen Monaten sind mehr als 3000 Studenten von den Universitäten darauf hingewiesen worden, daß sie möglicherweise mit ihrer Exmatrikulation zum Ende des Wintersemesters 1977/78 rechnen müßten. Eine „förmliche Androhung“ der Exmatrikulation habe es allerdings nur in wenigen Fällen gegeben. Offensichtlich haben manche Universitätsverwaltungen die Regelstudienzeit sehr viel enger als andere ausgelegt und deshalb viel unnötige Unruhe unter den Studenten verursacht. Die Universität Stuttgart hat sogar Exmatrikelbescheide wieder zurückgenommen. Nach Auskunft des Kultusministeriums seien nicht einmal hundert Studenten tatsächlich zwangsexmatrikuliert worden. An der Universität Hohenheim fallen alle Studenten, die bis zum ersten Januar 1978 immatrikuliert worden sind, noch unter die alten Bestimmungen. Aber auch das neue Hochschulgesetz räumt dem Studenten nach der achtsemestrigen Studienzeit eine einjährige Anmeldefrist zur Prüfung ein. Außerdem kann die Frist etwa für Studenten, die im AstA tätig waren, um ein weiteres Jahr verlängert werden. Meldet sich der Student schließlich am Ende des 12. Semesters zum Studium, so hat er noch einmal ein halbes Jahr Zeit für die Prüfung.

Etwa 1000 Studenten haben sich zu diesem Sommersemester nicht zurückgemeldet oder ihre Exmatrikulation beantragt. Dabei handelt es sich jedoch nach Mitteilung der Universitäten überwiegend um Studenten, die ihr Studium beendet haben oder sich in der Abschlußprüfung befinden. Rund 1500 Studenten können nach den Angaben weiter studieren, da Anträge auf Verlängerung der Studienzeit im Hinblick auf die erstmalige Anwendung der neuen Regelung „überwiegend positiv“ beschieden wurden.

Das Kultusministerium betonte, daß die rechtlichen Grundlagen der Regelstudienzeit, um deren Einhaltung es jetzt gehe, bereits 1973 im Landeshochschulgesetz verankert worden seien. Danach soll das Studium in der Regel nicht länger als acht

Semester dauern. Frühestens zwei Semester nach Ablauf dieser Regelstudienzeit, also nach zehn Semestern, müssen die Studenten mit der Zwangsexmatrikulation rechnen. Dann bleibt ihnen noch ein Jahr für die Meldung zur Prüfung. Im übrigen sei die Regelstudienzeit erst nach Ablauf einer Übergangsfrist von mindestens zwei Jahren nach ihrer Festlegung in den Prüfungsordnungen wirksam geworden. Seit 1973 seien für viele Fächer neue Studienpläne mit genauen Angaben über Inhalt und Ablauf des Studiums erarbeitet worden. Dabei seien die Prüfungsanforderungen genauer festgelegt und definiert worden, was in weit über 300 neuen Studienplänen zum Ausdruck komme. Damit hat sich nach Ansicht des Ministeriums die Studiensituation in den vergangenen Jahren „grundlegend verbessert“.

### GEW wirft Filbinger „billige Polemik“ vor

stz. STUTTGART. Der geschäftsführende Vorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Baden-Württemberg hat Ministerpräsident Filbinger aufgefordert, endlich mit nachprüfbaren Fakten und Zahlen über das Lehrerangebot und den Lehrerberarf in den nächsten Jahren aufzuwarten und auf „billige Polemik“ zu verzichten. Der GEW-Vorstand stellt fest, daß weder das Kultusministerium noch das Staatsministerium noch der Ministerpräsident in den drei Wochen seit Veröffentlichung der Lehrerbedarfsberechnung der GEW auch nur den Versuch unternommen hätten, die Berechnungen der GEW zu widerlegen, geschweige denn eigene Berechnungen über das Lehrerangebot und den Lehrerberarf bis 1985 bekanntzugeben. Die GEW wirft dem Ministerpräsidenten vor, durch eine der Sache abträgliche Polemik das Klima zu vergiften. Wie der GEW-Landesvorsitzende Siegfried Vergin zusätzlich erklärte, wollen die Lehrer trotz der Polemik des Ministerpräsidenten diesen Stil der politischen Auseinandersetzung nicht übernehmen. Vergin hat dem Ministerpräsidenten deshalb noch einmal die Lehrerbedarfsberechnung der GEW mit der Bitte übersandt, in Verhandlungen darüber mit der Lehrgewerkschaft einzutreten.

AN DIE MITGLIEDER  
DES LANDTAGS UND DER LANDESRREGIERUNG  
DES LANDES NRW

April 1978

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Unterzeichner wählen die Form des Offenen Briefes, um Ihnen die Besorgnis verständlich zu machen, die zahlreiche Wissenschaftler an den Hochschulen des Landes NRW in Auseinandersetzung mit dem vorliegenden Referentenentwurf zu einem LHG, zur Zusammenführung der Pädagogischen Hochschulen mit anderen Hochschulen des Landes NRW und mit dem Gesetzentwurf zur verfassten Studentenschaft verbindet.

Nach Bekanntwerden des Vorentwurfs zum Referentenentwurf entstand an den Hochschulen erhebliche Beunruhigung. Aufgrund der offiziellen Dementis, dieser "Raub-Druck" sei "kein Rau-Druck", hielten sich viele Kollegen zunächst mit Stellungnahmen zurück. In den durch solche Dementis geweckten Erwartungen sehen sie sich jetzt aufgrund der vorliegenden Referentenentwürfe getäuscht, da sie leider kaum substantielle Veränderungen enthalten. Wir weisen daher in dieser Form auf zentrale Kritikpunkte hin, die eine Revision der Gesetztexte erfordern:

- Die Autonomie der Hochschulen und die Selbstverwaltung der Fachbereiche werden dadurch weitgehend eingeschränkt, daß dem Wissenschaftsministerium weitreichende Genehmigungsvorhalte sowie Eingriffs- und Aufsichtsrechte zugesprochen werden und bei den Rektoren eine Zentralisierung von Entscheidungsbefugnissen stattfindet.
- In der notwendigen Wechselbeziehung zwischen Staat und Hochschule müssen die unterschiedlichen Kompetenzen gewahrt bleiben und dürfen nicht einseitig zugunsten staatlicher Stellen verschoben werden.
- Durch die zentralen Studienreformkommissionen des Bundes und der Länder, die Rahmenprüfungs- und -studienordnungen empfehlen, werden die Rechte der Hochschulen und der darin arbeitenden Wissenschaftler im Bereich von Lehre, Prüfung und Studium einschneidend eingeschränkt.
- Die alleinige Entscheidungskompetenz der Landesregierung für die Kapazitätssteuerung einschließlich der Schließung und Gründung von Fachbereichen lehnen wir ab.
- Die einseitige Entscheidungsbefugnis der Professoren in den verbleibenden Selbstverwaltungsangelegenheiten (vor allem bei Forschung und Berufungen) wird abgelehnt. Mitbestimmungsregelungen müssen eine argumentative Meinungsbildung und Auseinandersetzung innerhalb des jeweiligen Gremiums mit dem Ziel entsprechender Meinungsbildung ermöglichen und dürfen sie nicht verhindern.
- Die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses gehört zu den wesentlichen Aufgaben der Hochschule. Der Anerkennung dieser Aufgabe in den Eingangsparagrafen widersprechen aber die konkreten Bestimmungen, wonach die Personalstellen für die Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses (Promotion) abgezweigt werden. Dies beraubt die Hochschulen einer wesentlichen Grundlage zur Sicherung ihrer wissenschaftlichen Produktivität.

- Der unbestrittene Auftrag der Hochschulen zur wissenschaftlichen Lehre kann ohne Forschung nicht erfüllt werden. Dieses Prinzip muß für jeden einzelnen gelten, der an der Hochschule wissenschaftlich arbeitet. Durch die Aufspaltung des Mittelbaus in wenige Assistenten und viele dienstleistende wissenschaftliche Mitarbeiter sehen wir dieses Prinzip aufgehoben.

- Die Bestimmungen zur Auflösung der Pädagogischen Hochschulen bedeuten eine Kapazitätseinschränkung in der Lehrerausbildung. Die in diesem Zusammenhang vorgesehenen Regelungen zur Versetzung und zur Streichung von Stellen bedrohen den Bestand an Arbeitsplätzen im Hochschulbereich. Dabei verkennen die Unterzeichner nicht, daß die Integration von Pädagogischen Hochschulen in integrierte Gesamthochschulen günstige Bedingungen für die Reform der Lehrerausbildung schaffen würde.

Neben Regelungen, die sich unmittelbar auf die Arbeitsbedingungen der Wissenschaftler beziehen, werden ihre Arbeitsmöglichkeiten auch eingeschränkt durch restriktive Bestimmungen, die zunächst vor allem die Studenten zu treffen scheinen:

- Administrativ verordnete Regelstudienzeiten und die damit verbundene Androhung von Sanktionen lehnen wir ab. Eine Verkürzung der Studiendauer kann nur das Resultat verbesserter Studienbedingungen sowie einer ausreichenden sozialen Absicherung der Studenten durch Erhöhung des BAföG sein.
- Die Verfaßte Studentenschaft wird befürwortet. Aufgabe der Studentenschaft ist die Interessenvertretung der Studenten. Diese Aufgabe schließt das Recht auf freie, auch politische Meinungsäußerung ohne berufliche Nachteile ein.
- Ein Sonderrecht im Hochschulbereich in Form des Ordnungsrechts wird abgelehnt. Die Grundlage des Zusammenlebens an den Hochschulen sollte auch weiterhin in der fairen, offenen wissenschaftlichen und politischen Diskussion bestehen. Der Einschüchterungseffekt des vorgesehenen Ordnungsrechts steht dem entgegen.

Unabhängig davon, ob man sich dieser Kritik in allen Punkten anschließt, unterstreichen die Unterzeichner ihre tiefe Besorgnis über die Tendenz des LHG-Entwurfs, da er Aufgabe und Wirkungsweise der Hochschulen wie die Arbeitsbedingungen der an ihnen Tätigen grundlegend verändert. Die Folgen einer Verwirklichung der Entwürfe wären:

- Eine Studentenfabrik, deren Ausstoß nicht nur qualitativ unzureichend im Sinne einer wissenschaftlichen Ausbildung sein wird, sondern deren Durchlaufvorschriften (Regelstudienzeiten) weder Rücksicht auf die materiellen Voraussetzungen der Hochschulen noch auf die soziale Lage der Studenten nehmen.
- Eine Lernschule, die das Heranführen der Studenten an Selbständigkeit im wissenschaftlichen Arbeiten beinahe unmöglich macht.
- Eine Hochschule, in der die staatlichen Behörden die Möglichkeit haben, das Studium und die Selbstverwaltung bis in alle Einzelheiten bürokratisch zu regimentieren.
- Eine Vernichtung von Arbeitsplätzen für hochqualifiziertes Personal, für deren Einrichtung von der Gesellschaft hohe Investitionen geleistet worden sind, während gleichzeitig die Qualifikation der auf den übrigen Arbeitsplätzen Verbleibenden z.B. mittels Überlastquoten verschlisslen wird. Dies verstärkt die Tendenzen zu erhöhter Akademikarbeitslosigkeit.

conlage



Neil, wir entschließen für die gesellschaftliche Verantwortung der Hochschule einzutreten, werden wir uns gegen eine Hochschulgesetzgebung, die u. z. eher Probleme schafft, als daß sie zu deren Lösung beitragen könnte. Eine Erhöhung der Planungsrationalität der Hochschule, die wir keineswegs ablehnen, kann nicht darin bestehen, daß die Institution Hochschule ausschließlich unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten organisiert wird. Dies kann ihrer gesellschaftlichen Aufgabe, wissenschaftliche Kenntnisse zu entwickeln und zu verbreiten, in keiner Weise förderlich sein. Vielmehr bedarf sie einer Organisationsform, die es erlaubt, Forschung und Ausbildung unter Wahrung der Rechte der Betroffenen und in sozialer Sicherheit weiterzuentwickeln. Nur dann wird es auch möglich sein, Akademiker auszubilden, die fachliche Kompetenz mit dem Bewußtsein der gesellschaftlichen Tragweite ihres beruflichen Handelns zu verbinden.

Die Unterzeichner sind sich darüber im klaren, daß eine ernsthafte Berücksichtigung ihrer Bedenken nicht nur eine weitgehende Überarbeitung der Hochschulgesetzentwürfe, sondern in der Konsequenz eine HRG-Novellierung erfordert. Initiativen zur HRG-Novellierung sind bereits von Kultusministern und Parteien in anderen Bundesländern beschlossen worden. Wir fordern Sie auf, in Ihren Parteien entsprechende Initiativen zu ergreifen.

Zu den bisherigen Unterzeichnern dieses Offenen Briefes gehören:

Prof. Dr. Horst Arp (Wuppertal), Prof. Dr. Ulrich Amson (Duisburg), Bodo Almert (Bielefeld), Helmut Albrecht (Bielefeld), Matthias Albrecht (Bonn), Dr. Ulrich Abel (Bielefeld), Prof. Dr. Herbert Abels (Bielefeld), Max Angermair (Dortmund), H.-J. Appelt (Dortmund), Peter P. Ahrens (Dortmund), Jürgen Aufahrt (Dortmund), Dr. Andrea Abele (Bielefeld), Dr. Johannes Angel (Bielefeld), Robert Annken (Münster), Prof. A. Aktins (Siegen)

Prof. Dr. H. Bauer (Köln), Dr. Wolf-Dieter Bukow (Köln), Prof. Dr. Frank Benseiler (Paderborn), Dr. Andriod Bincig (Bielefeld), Prof. Dr. L. Bornscheuer (Duisburg), Dr. villa Bracht (Münster), Rainer Bromme (Bielefeld), Rolf Biehler (Bielefeld), Johannes Brunk (Bielefeld), Prof. Fritz Brunnmann (Wuppertal), Dr. Horst Bongart (Wuppertal), Dr. Hans-Joachim Bischof (Bielefeld), Dr. Hans Bünemann (Bielefeld), L. Brown (Bielefeld), Juliette Bockstaeff (Bielefeld), Prof. Dr. H. Baumann (Bonn), Dr. U. Becker (Bonn), Dr. Maximilian Boecker (Bonn), Stud.-Prof. Dr. W. Brewer (Bonn), Prof. Dr. Egbert Briesthorn (Bonn), Dr. R. Brochmann (Bonn), Dr. H. J. Bürger (Bonn), Dr. V. Bungert (Bonn), Dr. Werner Busch (Bonn), Dr. Peter Bruck (Münster), Klaus Böhle (Bochum), Erwin Böger (Bochum), Dr. Leuthold Bohme (Bochum), Joachim Boidol (Bielefeld), Wolfgang Bunsie (Bielefeld), Dr. Iutz Below (Bielefeld), Dr. Klaus Dieter Bock (Bielefeld), Dr. Veronika Benhold-Tomson (Bielefeld), M. Bubbe (Dortmund), Rolf Birkner (Dortmund), Prof. Dr. Hansjosef Buchkremer (Dortmund), Dr. Peter Brähler (Bielefeld), Prof. Dr. Dieter Baacke (Bielefeld), Dr. Jürgen Buchmann (Bielefeld), Dr. Renate Bonn (Bonn), Dr. U. Brandt (Bonn), Dr. Joh. Becker (Münster), Dr. Rudolf Böttner (Bielefeld), Albrecht Zeech (Bielefeld), Klaus Böhle (Bochum), Dr. Franz Breuer (Köln), Dr. Richard Brütting (Siegen), Dr. Manfred Baum (Bochum), Dr. Peter Birbel (Siegen), Dr. Gerhard Bosch (Bielefeld)

Wolfgang-Dieter Classen (Bielefeld), Dr. Florian Coulmas (Bielefeld), Dr. M. Cramer (Bonn), Barbara Class (Bielefeld), Dr. Alfons Cramer (Münster), Prof. Dr. Bankwart Danckwarte (Duisburg), Dr. Wolf Drexler (Bielefeld), Hans F. Dietz (Bielefeld), Dr. Sabine Doye (Wuppertal), Dr. Hermann Deuser (Wuppertal), Prof. Dr. Andreas Dress (Bielefeld), Rolf Dettler (Duisburg), Ingrid Dietrich (Duisburg), Dr. H. C. Dahke (Bonn), Thomas Dietrich (Bonn), Gunter Dueck (Bielefeld), Bernd Dimack (Bielefeld), Hans Decker (Dortmund), Hans-D. Daum (Dortmund), Dr. Jiliane Dietrich-Jacob (Bielefeld), Dr. Rolf Düppel (Bielefeld)

Dr. Wolfgang Elmer (Bielefeld), Wolfgang Emer (Bielefeld), Olf Emarich (Bielefeld), Joachim Esbach (Bielefeld), Fritz Ehler (Bonn), E. Eneas (Bonn), Dr. W. Engelke (Bonn), Dr. K. Enselke (Bonn), Klaus Ergenzinger (Bonn), Prof. Dr. Günter Ewald (Bochum), Dr. Rudolf Eichenlaub (Bochum), Dr. Viktor Ehlers (Bielefeld), Dr. W.-D. Ebelwein (Bielefeld), Dr. Alfred Endres (Dortmund), Dr. Georg Elvert (Bielefeld), Dr. Herbert Edelmann (Wuppertal), Jürgen Eisinghorst (Münster)

Prof. Dr. Jürgen Feidhoff (Bielefeld), Dr. Bernd Fichtner (Siegen), Ralph Friedmann (Bielefeld), Johann Friedrichs (Bielefeld), Dr. Peter Fuchs (Bielefeld), Gudrun Fritsche (Bielefeld), Prof. Dr. K. Fichtenicher (Bonn), Dr. A. Fuchs (Bonn), Dr. Sandro-Angelo Fusco (Bielefeld), U. R. Friedlein (Bochum), Petra Frießmann (Bielefeld), Dr. Karl A. Faulenbach (Dortmund), Prof. Dr. Udo L. Figge (Bochum)

Dipl.-Ing. Bernd Gureck (Dortmund), Prof. Dr. Lothar Gerritzen (Bochum), Dr. Gerhard Bosch (Bielefeld), Dr. Konrad Gerull (Bielefeld), Werner Glenswinkel (Bielefeld), Bernhard Göbel (Bielefeld), Dr. Volker Gramow (Bielefeld), Dr. Stephan Gramyer (Bielefeld), Dr. K. Georg (Bonn), Dr. Martin Gröschel (Bonn), Peter Günther (Bonn), Dr. Manfred Glagow (Bielefeld), Dr. Gernot Graener (Bielefeld), Gunders (Dortmund), Prof. Günter Graumann (Bielefeld), Dr. Jochen Gersemwarter (Bielefeld), Sabine Gunow (Bielefeld), Dr. D. Gertmann (Münster), Gerlinde Günther-Boewke (Bielefeld), Bernd Göhng (Bielefeld), Dr. Kolger Grabbe (Bielefeld), Dr. Christian von Grundherr (Bielefeld), Prof. Albrecht Grims (Siegen), Matthias Geyer (Bielefeld), Karl-Heinz Grömm (Bielefeld)

Dipl.-Ing. Heinz Hetschold (Dortmund), Dr. E. Heinrich (Bochum), Hans-Jörg Haas (Bielefeld), Christiane Hermens-Schäffer (Bielefeld), Dr. Wolfgang Hampert (Bielefeld), Dr. Werner Hennings (Bielefeld), Burkhard Hoffmann (Bielefeld), Dr. Uwe Horst (Bielefeld), Prof. Dr. Elisabeth Harder-Cerodoff (Bielefeld), Volker Herrmann (Bielefeld), Karl-G. Heidemann (Bielefeld), Horst Hensel (Bielefeld), Dr. Norbert Horn (Bielefeld), Peter Hammersti (Bielefeld), Iutz Hoffmann (Bielefeld), Dr. Günter Hartmann (Bielefeld), Eise Heiermann (Duisburg), Dr. Wolfgang Hachtel (Bonn), Dr. H. Haug-Albert (Bonn), Günter Helling (Bonn), Dr. K. Helms (Bonn), Dr. H. J. Henning (Bonn), Dieter Heyer (Bonn), Dr. W. Himminghofen (Bonn), Dr. U. Hirsch (Bonn), G. Horzretky (Bonn), Peter Hüber (Bonn), Dr. Rudolf Hundt (Bonn), Ulrich Hörster (Münster), Dr. Ludger Hoffmann (Münster), Heidrun Homburg (Bielefeld), Frank Herrlich (Bochum), Wolfgang Heinemann (Bochum), Dr. Klaus Heller (Bochum), Bernhard Heß (Bielefeld), J. Helling (Bielefeld), Klaus Hoffmann (Dortmund), Eno Weltmann (Dortmund), Gert Hennings (Dortmund), Hartmut Heibel (Dortmund), Hans Handke (Dortmund), Prof. Carl-Joachim Heinrich (Dortmund), Dr. Dieter Holtmann (Bielefeld), Dr. Harald Hinkus (Bielefeld), Otto Hertz (Bielefeld), Prof. Dr. Manfred Harbig (Bochum), Stud.-Prof. Wolfgang Harder (Bielefeld), Joachim Kupsch (Bielefeld), John Hughes (Bielefeld), David Horne (Bielefeld), Prof. Dr. R. Hettich (Bonn), Dr. Rainer Heselmann (Essen), Dr. Ulrich Hampdicke (Essen), Dr. Bernd Hülsmann (Münster), Dr. Heinz Heller (Wuppertal), Dr. Rainer Hippler (Bielefeld), Dr. Friedhelm Hansen (Bochum), Dr. Michael Hepe (Münster), Dirk Hellhammer (Münster)

Dr. Klaus Junack (Münster), Prof. Dr. Jörn Janssen (Dortmund), E. Niels Jahne (Bielefeld), Prof. Dr. Siegfried Jäger (Duisburg), Hans J. Jacobsen (Bonn), Dr. Martin Jürgens (Münster), Dr. Klaus Johansson (Bielefeld), Dr. Klaus P. Japp (Bielefeld), Dr. Wieland Jäger (Dortmund), Dr. D. Jaeschke (Dortmund), V. Junius (Dortmund), Bernd Jensen (Dortmund), Jakob Jßissen (Dortmund), Katinka Junl (Bielefeld), M. A. Annagret Jürgens-Kirchhoff (Münster), Dr. Martin Jürgens (Münster)

Prof. Dr. Wolfgang Kelm (Köln), Dr. Peter Kaiser (Münster), Prof. Dr. Matthias Kreck (Wuppertal), Dr. Dieter Kinner (Münster), Prof. Dr. H.-J. Kryszanski (Münster), Christine Kettel (Bielefeld), Dr. Jürgen Kramer (Bielefeld), Volker Kullmann (Bielefeld), Dr. Dieter Kleiber (Münster), Gunhild Kestemann (Bielefeld), Klaus Korbscock (Bielefeld), Dr. Michael Kunze (Bielefeld), Ulrich Kreffe (Bielefeld), Borchard Kaddatz (Bielefeld), Rainer Kleffmann (Duisburg), Prof. Dr. Helmut Kaul (Bonn), Dr. Hartmut Kiefer (Bonn), Anette Kijnowski (Bonn), Dr. A. Kriefel (Bonn), Dr. I. Kirschbaum (Bonn), Dr. Dieter Klein (Bonn), Prof. Dr. W. Klingenberg (Bonn), Harleuse Koch (Bonn), F. J. Foll (Bonn), Dr. Gerold Kolling (Bonn), M. Kolonko (Bonn), Prof. Dr. Werner Kreck (Bonn), Dr. P. Krenner (Bonn), H. Göttsmann (Bochum), Peter Klein-Schmidt (Bochum), Dr. Bernhard

3)   
 Kroner (Bielefeld), Jürgen Kohl (Bielefeld), Prof. Dr. Dieter Kappe (Dortmund), Prof. Dr. Renate Kryszanski (Dortmund), Prof. Gerald Koeniger (Dortmund), Dr. Wolf-R. Klehm (Dortmund), Hans Koops (Münster), Dr. Hans Kroeger (Bielefeld), Renate Kerber (Bielefeld), Hannes Krauss (Essen), Prof. Dr. Siegfried Katterle (Bielefeld), Dr. Norbert Kostede (Bielefeld), Susanne Kanstedt-Heuke (Bielefeld), Eva Kessler (Münster), Steffen Katz (Münster)

Prof. Dr. Roberto Llaryora (Köln), Prof. Dr. H. Leuer (Duisburg), Dr. W. Lippitz (Siegen), Dr. Alfred Luhmer (Bielefeld), Jürgen Lüking (Bielefeld), Jens Holger Lorenz (Bielefeld), Helmut Loschberger (Bielefeld), Dr. Henner Laas (Wuppertal), Dr. Rüdiger Lison (Duisburg), F. Londeix (Bielefeld), Ming-Pui Leung (Bielefeld), Andreas Laurence (Bielefeld), H. J. Langen (Bonn), Prof. Dr. I. Lieb (Bonn), M. Leenen (Bonn), Dr. Gerhard Lippe (Bonn), Dr. Jean Ludwig (Bielefeld), Dr. Rolf von Lüde (Dortmund), Horst Linn (Dortmund), Dr. Georg Lessnau (Dortmund), Kordula Langhof (Bielefeld), Christa Lickes-Degenauer (Münster), Dr. Wolfgang Lieb (Essen), Dr. Ingo Langosch (Siegen)

Prof. Joachim Meusel (Siegen), Thomas Mies (Bielefeld), Dr. Bärbel Meurer (Bielefeld), Dr. Heinrich Münz (Bielefeld), Prof. Dr. W. Müller (Bielefeld), Gerhard Melzer (Duisburg), Hannelore Melzer (Duisburg), H.-Peter Musahl (Duisburg), Dr. Ing. L. Mauelshagen (Bonn), Dr. Klaus Mattes (Bonn), Dr. Werner Meyer (Bonn), Dr. Gisela Mülhens-Matthes (Bonn), Dr. F. J. Müller (Bonn), Prof. Dr. Müller-Hofstede (Bonn), Dr. Winfried Meschede (Münster), J. Müller (Münster), Wolfgang Meier (Bielefeld), Dr. Peter Müller-Römer (Bielefeld), Friedhelm Meier (Bielefeld), H. Meyer-Stolte (Bielefeld), Bruno Müller (Dortmund), Dr. Ingrid Müller-Zannoth (Dortmund), Hans-Rainer Mannhaupt (Bielefeld), Beate Mühlhof (Bielefeld), Magdalene Malwitz-Schütte (Bielefeld), Horst Meixner (Essen)

Martha Nolte (Duisburg), Ch. Nietzel (Bonn), Dr. Wolf Nowack (Bielefeld), Dr. Wolfgang Neul (Bielefeld), Dr. Monika Nienstedt (Münster)

Prof. Dr. Edzard Obendieck (Dortmund), Prof. Dr. Michael Otte (Bielefeld), Dr. H. Offe (Münster), Dr. S. Offe (Münster), Peter Ott (Bielefeld), Prof. Dr. R. Olivier (Bonn), Dr. R. Oppermann (Bonn), Dr. K.P. Only (Bielefeld), Dr. Renate Otto-Walter (Bielefeld)

Dr. Peter Falla (Köln), Prof. Dr. Wolfgang Popp (Siegen), Hermann Pfeiffer (Bielefeld), Dr. Jens Pukies (Bielefeld), Hans-Georg Pütz (Bielefeld), Prof. Dr. Gerd Pinkernell (Wuppertal), Ragna Pröve (Bielefeld), Ekkehard Pröve (Bielefeld), Dr. Hans-Joachim Pflüger (Bielefeld), Gunvor Pohl-Apel (Bielefeld), Dr. Kurt-Michael Pätzold (Bielefeld), Peter Pölter (Duisburg), J. Päsler (Bonn), Prof. Dr. K. J. Paquet (Bonn), Hubert Peters (Bonn), Dr. Joachim Petsch (Bonn), Michael Prüfer (Bonn), Dr. M. Pucker (Bonn), Dr. W. Pütz (Bonn), Dr. Falk Pingel (Bielefeld), Dr. Günther Protries (Bochum), Angelika Prell (Bochum), Dr. Wolfgang Plassmann (Bielefeld), Ursula von Petz (Dortmund), Friedhelm Peters (Bielefeld)

Dr. Johannes Quinte (Bonn)

Prof. Dr. Roland Reichwein (Münster), Veronika Reiß (Bielefeld), Guido von Raskaj (Bielefeld), William Rotsel (Bielefeld), Dr. Tilman Rhode-Juchtern (Bielefeld), Dr. Andreas Reifland (Bielefeld), Mark Roberts (Bielefeld), Frank Olaf Radtke (Bielefeld), Peter W. Reuter (Duisburg), Helmut Redeker (Bonn), Dr. Christine Redel (Bonn), Dr. A. Reiners-Logothaidou (Bonn), Dr. Klaus Rogall (Bonn), Dr. H. Rogmann (Bonn), Dr. Jürgen Rohlf's (Bonn), Prof. Dr. G. Rüdiger (Bonn), Dr. H. Rüpell (Bonn), Dr. W. Ruess (Bonn), Prof. Dr. E. Ruh (Bonn), Dr. G. Chr. Rump (Bonn), Dr. Peter Ronge (Münster), Dr. Günther Richter (Bielefeld), Dr. Christel Rammert-Faber (Bielefeld), Dr. Wolfgang Rueger (Bochum), G. Renckhoff (Bochum), Christian Reetz (Dortmund), Dr. Erich Ruppert (Dortmund), Christian Rabe (Bielefeld), Prof. Dr. Margarete Reiss (Münster), Dr. Michel Regus (Siegen)

Dr. Dietrich Sauerbier (Köln), Dr. Brunhilde Sauer (Köln), Dr. Falk Seeger (Bielefeld), Dr. Ralph Stöcker (Bochum), Dr. Michael Stawicki (Bochum), Ulrich Spörel (Bielefeld), Dr. Ute Stoltzenberg (Bielefeld), Helmut Schmidt (Bielefeld), Heinz Steinbring (Bielefeld), Dr. Gert Schubring (Bielefeld), Dr. Rudolf Strässer (Bielefeld), Dr. Adelheid Schumann (Bielefeld), Dr. Jürgen Schüller (Bielefeld), H.-R. Schwarz (Bielefeld), Helmut Stenzel

6)   
 (Wuppertal), Jost Schneider (Wuppertal), Christina Schneider (Wuppertal), Reinhold Schäffer (Wuppertal), Dr. Peter Steinacker (Wuppertal), Prof. Dr. Michael Stadler (Münster), Dr. Gunnar Stollberg (Bielefeld), Dr. Roland Sossinka (Bielefeld), Petra Sonnemann (Bielefeld), Dr. Siegfried Singer (Duisburg), Dr. Jürgen Sies (Bielefeld), Dr. Bernd Stefanik, Dr. Ceslaw Sawicki (Bielefeld), Helga Schuler-Jung (Bielefeld), Günter Schumde (Duisburg), Norbert Schwab (Duisburg), R. Sauerwein (Bonn), Dr. Alois Scharf-Knappe (Bonn), Klaus Scheler (Bonn), Dr. Friedrich Schleiter (Bonn), Dr. W. Schmaackler (Bonn), P.-D. Dr. R. R. Schmitz-Scherzer (Bonn), Dr. P. Schuff (Bonn), Dr. Thomas Schulz (Bonn), Dr. R. Sillmon (Bonn), Dr. E. Six (Bonn), Dr. Karl Stamm (Bonn), Prof. Dr. H. Steinhagen (Bonn), Dr. Herbert Stindl (Bonn), Dr. D. Straßmann (Bonn), Dr. O. Suhr (Münster), Dr. R. Schmidt-Effing (Münster), Thomas Schuler (Bielefeld), Dr. Jörg Sossinka (Bochum), Angelika Schreiber (Essen), Dr. Christiane Schmerl (Bielefeld), K.F. Schumann (Bielefeld), Prof. Dr. Peter Schöber (Bielefeld), Dr. P. E. Schnabel (Bielefeld), Cl. Sobatt (Bielefeld), J. Simoleit (Bielefeld), Kurt Schmahel (Bielefeld), Günter Savitzki (Bochum), Prof. Dr. Reinhold Schiffer (Bochum), Klaus Selie (Dortmund), Prof. Dr. H. Schauerste (Dortmund), Rolf Stuchaniak (Dortmund), Claus Schönebeck (Dortmund), Peter Schmeling (Dortmund), I. Sippel-Ketschau (Dortmund), Joachim Schneider (Dortmund), Schlingmann (Bielefeld), Günter Schrupp (Bielefeld), Manfred Sommer (Bielefeld), Prof. Dr. Walter Schurian (Münster), Dr. K. Streng (Wuppertal), Dr. Hans Sanders (Wuppertal), Dr. Rainer Schüren (Bielefeld), Dr. Frieder Schülein (Bielefeld), Günther Sinapius (Bielefeld), Dr. Roland Schmiedl (Bielefeld), Dr. H.-R. Schnei-der (Bielefeld), Dr. Irmaud Schlosser (Bielefeld), Dr. Dietrich Schulz (Münster), Prof. Dr. Manfred Sader (Münster), Dr. Waltraud Schäuble (Münster), Prof. Berthold Stötzel (Siegen), Dr. Gertrud Scholz (Siegen), Gudrun Simons (Bielefeld)

Dr. Heinz Thoma (Wuppertal), Roswita Timpe (Bielefeld), Alberto de la Torre (Wuppertal), Dr. Klaus Teige (Münster), Dr. Hartmann Tyrell (Bielefeld), H.G. Tillmann (Dortmund), Dr. Josemaria Taberner (Siegen)

Prof. Dr. Lothar Udert (Bochum), Peter Vollmer (Bielefeld)

Dankwart Vogel (Bielefeld), Katrin Volger (Bielefeld), H. Vilter (Bonn), Dr. Rüdiger Volkmann (Münster), Prof. Dr. Jochen Vogt (Essen), Rainer Verstege (Münster)

Gabriele Wenzel-Glössing (Bielefeld), Heide Wiemann (Bielefeld), Dr. Siegfried Wunschel (Bielefeld), Dr. Arndt Wigger (Wuppertal), Hans-Jürgen Wolters (Bielefeld), A. Wöhner (Bonn), Prof. Dr. E. Weigelin (Bonn), Dr. G. Wörsdörfer (Bonn), Dr. Wilfried Wackernagel (Bochum), Prof. Dr. Ulrich Winkler (Bochum), Ingo Wegener (Bielefeld), Dr. Paul Wolters (Bielefeld), Dr. Christel Wehrsig (Bielefeld), Christoph Wurns (Dortmund), Prof. Adolf Winkelmann (Dortmund), Prof. Helmut Wenthen (Dortmund), Dr. Cl. Winfried Witjes (Dortmund), Dr. Claudia von Werlhof (Bielefeld), Johannes Wildt (Bielefeld), Dr. Armin Westermann (Münster), Rolf Wischnoth (Siegen), Dr. Anstrief B. Weinert (Bielefeld)

Dr. Ekkehard Zöfgen (Bielefeld), J. Ziegler (Duisburg), P. Zente (Bonn), Dr. Hasko Zimmer (Münster), Dr. Hans Zessin (Bielefeld), Dr. Jürgen Zanker (Dortmund), Ulrich Zingeler (Bielefeld), Dr. Peter Zimmermann (Wuppertal), Dr. Barbara Zoeke (Münster)

per Adr.: Dr. Wolfram Elsner, Büro des Sprecherrates der Wissenschaftlichen Mitarbeiter, Universität Bielefeld, 4800 Bielefeld 1, Universitätsstraße



Zwangsexmatrikulation Die Praxis!

# Blauer Brief

UNIVERSITÄT  
STUTT GART

Universität Stuttgart, 7 Stuttgart 1, Postfach 560

7 Stuttgart 1, Postfach 560  
Keplerstraße 7  
Telefon (0711) 20 731  
Fernschreiber TX 07-21 703

Den 31.3.1978

Betr.: Ihr Studium im Lehramts-Studiengang

Sehr geehrte

Sie befinden sich im WS 1977/78 im 13. Fachsemester des obengenannten Lehramts-Studienganges. Gemäß § 53 Abs. 3 HSchG und Art. 1 Nr. 3 des Gesetzes zur Änderung des Hochschulgesetzes vom 4. Oktober 1977 endet die Zulassung zu diesem Studiengang mit Ablauf des 10. Fachsemesters. Sie sind demnach mit Ablauf des WS 1977/78 zu exmatrikulieren. Die Exmatrikulation erfolgt auf 31. März 1978.

Sie müssen sich innerhalb eines Jahres nach Exmatrikulation, also spätestens zum Termin 1979/I (Frühjahr 1979) beim Oberschulamt zur Prüfung melden, da sonst Ihr Prüfungsanspruch erlischt.

Wir weisen Sie darauf hin, daß Sie nach Ihrer Exmatrikulation, solange Sie noch Ihren Prüfungsanspruch besitzen, berechtigt sind, die Einrichtungen der Universität (Labors, Bibliothek, Studentenwerk usw.) insoweit zu benutzen, als dies zur Ablegung der Prüfungsleistungen notwendig ist. Außerdem genießen Sie Versicherungsschutz.

Eventuelle Anträge auf Verlängerung Ihrer Immatrikulation gemäß § 53 Abs. 3 HSchG sind unverzüglich beim Rektorat einzureichen. Die Studienzeit kann vom Rektor um höchstens zwei Semester verlängert werden, wenn der Student wegen seiner Tätigkeit in der Selbstverwaltung oder aus Gründen, die er nicht zu vertreten hat, sein Studium innerhalb der vorgeschriebenen Regelstudienzeit nicht abschließen konnte.

Mit freundlichen Grüßen  
im Auftrag

